

Wiehl, im März 2023

## Die Illusion des Liberalismus

### Moderne Liberale im Kampf um Pfründe

Eine Perversion des Liberalismus durch die FDP sieht Rainer Ibowski



Adam und Eva haben es im Paradies als Erste erfahren. Eine freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit ist unmöglich. Gott legt eine klare Regel fest, dass beide auf keinen Fall Früchte vom Baum der Erkenntnis essen dürfen. Wie die Schöpfungsgeschichte der Bibel ausgeht, wissen die

meisten Menschen. Beide kosten vom Baum, erkennen ihre Nacktheit und werden des Paradieses verwiesen – in moderner Auslegung: Sie verlieren die ursprüngliche Harmonie.

Auch ohne göttliche Regeln auferlegen sich praktisch alle Gesellschaften Vorschriften und Gesetze. Ohne solche Einschränkungen wäre ein Zusammenleben unmöglich. Moses erhält zehn Gebote für sein Volk, wenn man so will eine Art Verfassungsentwurf. Heute sehen wir es als überzeitliches Kulturerbe und Grundlage autonomer, das heißt durch eigene Einsicht begründeter Ethik an. Alternativ wird es oft als ethisches Minimum aufgefasst, wobei diese Einordnung eher an die auf den Mitmenschen bezogenen sozialen Verpflichtungen anknüpft.

Einfach ausgedrückt: Ohne gesellschaftliche Regeln enden wir in Anarchie.

Aus den englischen Revolutionen des 17. Jahrhunderts geht die Philosophie des Liberalismus hervor (lateinisch *liber* frei, *liberalis* die Freiheit betreffend, freiheitlich). Die Bundesanstalt für politische Bildung definiert diese Grundposition der politischen Philosophie als eine politische Weltanschauung, die die Freiheiten des einzelnen Menschen in den Vordergrund stellt und jede Form des geistigen, sozialen, politischen oder staatlichen Zwangs ablehnt. Danach sind ihre vier wichtigsten Prinzipien das Recht auf Selbstbestimmung auf der Basis von Vernunft und Einsicht, die Beschränkung politischer Macht, die Freiheit gegenüber dem Staat und die Selbstregulierung der Wirtschaft auf der Basis persönlichen Eigentums. Liberalität ist die entsprechende Handlungsweise.

In der „Glorreichen Revolution“ von 1688/1689 entschieden die Gegner des königlichen Absolutismus in England den seit Beginn des 17. Jahrhunderts geführten Machtkampf endgültig zu ihren Gunsten. Sie schufen mit der Durchsetzung der *Bill of Rights* die Grundlage für das heutige parlamentarische Regierungssystem. Der König ist nicht mehr allein, sondern nur in Verbindung mit dem Parlament Träger der Staatssouveränität. Das Ziel der politisch-philosophischen

Bewegung war auf keinen Fall eine Abkehr von jedweder Fremdeinwirkung, sondern die parlamentarische Monarchie, die die Macht der Gesetzgebung in die Hände von frei gewählten Volksvertretern legte.

Regeln, Vorschriften und Gesetze sind auch in einer liberalisierten Gesellschaft notwendig, um die Harmonie zu erhalten, wie die Auslegung der Schöpfungsgeschichte durch die moderne Theologie es nennt. Eine staatliche, also gesellschaftliche Einengung individueller Freiheit ist notwendig, um ein Leben im Paradies, in Harmonie, zu ermöglichen. Wir kennen eine Unzahl von Regeln in unserer Gesellschaft, nicht nur ein Strafrecht, sondern beispielsweise eine Straßenverkehrsordnung, eine Bauordnung und viele andere. Niemand wird wohl bezweifeln, dass im Straßenverkehr klare Regeln gelten müsse. Die banale Vorschrift, rechts zu fahren, ist im wörtlichen Sinne überlebenswichtig. Anforderungen an die Statik eines Baus verhindern einen katastrophalen Einsturz.

Eines ist all diesen akzeptierten Regeln gemeinsam. Sie wurden und sie werden mit einem klaren Ziel erlassen. Dies funktioniert immer dann ordentlich, wenn das Ziel von einer breiten Mehrheit der Gesellschaft getragen wird. Im Jahr 1975 gab es erheblichen Widerstand gegen die Einführung einer Gurtpflicht im PKW. Ganz im vermeintlich liberalen Sinne setzte der Gesetzgeber zunächst auf die eigene Einsicht der Fahrer. Jedoch selbst die nachweislich vermiedenen 1500 Unfalltoten im ersten Jahr ließ die freiwillige Gurnutzung nur auf 60 Prozent steigen. Auch juristisch war die Frage umstritten, ob der liberale Staat die Auto-Bürger zum Überleben zwingen soll und darf. Nach langer politischer Diskussion wurde dann erst 1984 die Nichtanlegung eines Gurtes mit 40 DM geahndet. Die Zahl der angeschnallten PKW-Insassen sprang sofort auf 90 Prozent. Eine Gesellschaft darf nicht nur, sondern sie muss sogar ihren Mitmenschen Zwänge auferlegen, um eine gesellschaftliche Ordnung, eine soziale Harmonie zu bewahren. Im Falle des Sicherheitsgurtes werden sowohl die Zahl der Unfalltoten als auch schwere Verletzungen deutlich reduziert, letztere über das Gesundheitswesen eine Belastung für die gesamte Gesellschaft.

Wir dürfen mithin getrost festhalten: Jede Gesellschaft benötigt Regeln, Vorschriften und Gesetze, um sich nicht selbst zu schaden und um Ziele zu erreichen.

Und genau hier beginnen meine Probleme mit den Liberalen im Bundestag und in der Regierung. Alles, was auch nur irgendwie nach Zwang aussieht, wird mit dem Hinweis auf die liberalen Eckpfeiler der Selbstbestimmung mit Vernunft und Einsicht, der Beschränkung politischer Macht, der Freiheit gegenüber dem Staat und der Selbstregulierung der Wirtschaft auf der Basis persönlichen Eigentums abgelehnt. Die kategorische Ablehnung ohne wirkliche Diskussion der Absicht zwingt die Koalitionspartner zu Kompromissen, mit denen sie ihre eigenen politischen Ziele erheblich verwässern. Deutsche Liberale hinterfragen nicht, ob die angestrebten Ziele sinnvoll sind. Nein, unabhängig von der Sinnfälligkeit wird der Weg dorthin infrage gestellt, wenn damit individuelle Einschränkungen verbunden sind.

Das ist ein falsch verstandenes Denken aus dem 17. Jahrhundert. Die FDP hat die Geschichte verschlafen und ist noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen. Damals ging es um die Abschaffung der absoluten Monarchie. Damals lebten auf der gesamten Erde weniger als eine Milliarde Menschen. Jetzt sind es acht Milliarden. Alleine diese dramatische Bevölkerungsentwicklung macht deutlich, dass heute individuelle Freiheiten anders definiert werden müssen, zumal eine Klimaapokalypse und ein Artensterben ungeahnten Ausmaßes drohen und die Schere zwischen arm und reich immer weiter wird.

Bleiben wir beim Beispiel Straßenverkehr. Nach Meinung aller seriösen Experten birgt eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Autobahn ein bedeutsames Potential zur Schadstoffreduzierung. Hinzu kommt eine deutliche Verbesserung der Sicherheit. Die FDP verweigert sich mit dem Hinweis auf die Vernunft der Menschen. Eine Richtgeschwindigkeit von 130 Kilometern pro Stunde sei ausreichend. Wer auf deutschen Autobahnen unterwegs ist, weiß, dass viele Zeitgenossen da deutlich schneller fahren, wo es möglich ist.

Oder nehmen wir die liberale Ablehnung eines Ausstiegs aus dem Verbrennungsmotor in zwölf Jahren. Alleine schon aus Gründen der Effizienz ist ein Verbrennungsmotor eine denkbar schlechte Lösung. Ein Elektromotor nutzt hineingesteckte Energie bis über 90 Prozent. Die Blockade durch die FDP ist pervers. Auch synthetischer Kraftstoff ist nicht effizienter als fossiler. Lediglich der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck ist halb so groß, aber immer noch vier- bis fünfmal größer als bei einem reinen Elektroantrieb. Das Ganze gewinnt zusätzlich „Geschmäcke“, wenn man weiß, dass der Oberliberale Christian Lindner gerne schnelle Sportwagen fährt, die derzeit nicht mit einem Elektromotor herzustellen sind. Im Übrigen hat die Wirklichkeit längst die FDP überholt. Alle großen Automobilkonzerne haben sich darauf eingestellt, schon früher auf E-Mobilität umzustellen.

Eine große Mehrheit unserer Gesellschaft ist der Überzeugung, dass sich der Verkehr langfristig von der Straße auf die Schiene verlagern muss, Fracht- und Personenverkehr, Nah- und Fernverkehr gleichermaßen. Wir haben keine andere Wahl, denn wir müssen aufhören, unsere Landschaft zuzubauen. Alleine schon Windparks und Solaranlagen verringern das Grün in unserem Land. Der FDP-Wunsch, Autobahnen auszubauen, ist nicht nur pervers, sondern ein Frevel an der Umwelt. Was treibt einen liberalen Verkehrsminister zu solchem Wahnsinn, wenn er gleichzeitig „stolz“ verkündet, dass die Deutsche Bahn „schon“ im Jahr 2070 soweit sein wird, ein attraktives System landesweit anzubieten?

Ich will zugestehen, dass Regularien ein Hindernis sein können. Sicherlich lassen sich Regeln, Vorschriften und Gesetze durchforsten, ob sie noch zeitgemäß und sinnvoll sind. Jedoch ist es meistens eine überforderte Bürokratie, die nicht mitspielt. Wir erleben dies mit der Bauordnung. Wir wollen den Wohnungsbau fördern, um rasch mehr bezahlbare Wohnungen zu bekommen. Tatsächlich verzögern sich Bauvorhaben. Allerdings liegt dies nicht an den Verordnungen selbst,

denn wer will beispielsweise schon auf ordentliche Wärmedämmung oder Schallisolation verzichten. Es liegt vielmehr daran, dass zu wenig Personal für Genehmigungsverfahren bereitsteht. Wer sinnvolle Regeln erlässt, muss eben auch dafür sorgen, dass die notwendige Infrastruktur entsprechend ausgebaut wird. Zugegeben ist das leider wegen Personalmangel nicht einfach zu verwirklichen. Aber deshalb auf Sinnvolles verzichten?

Regeln, Vorschriften und Gesetze haben ihre klaren Grenzen dort, wo sie keine breite Mehrheit in der Bevölkerung finden, sehe ich einmal davon ab, dass es auch Regeln für einen Minderheitenschutz geben muss. Ein willkürlicher Zwang ist tatsächlich ein unzumutbarer Eingriff in die individuelle Freiheit. Dann sind wir einer totalitären Diktatur wie in der Sowjetunion unter Josef Stalin sehr nahe, der mit Gewalt und Terror eine moderne Gesellschaft und einen idealen neuen Menschen schaffen wollte – Glück sozusagen per Verordnung.

Die Liberalität der FDP hat glücklicherweise nichts mit Stalinismus zu tun. Den Liberalen ging es noch nie und geht es auch heute nicht um das Glück breiter Massen. Sie sonnen sich in der Gunst einer winzigen Minderheit von Wohlhabenden, die wohlhabender werden wollen, von Industriemagnaten, die ihr Kapital ins Unermessliche steigern wollen. Unsere Demokratie bietet zurecht den Freiraum für solch abstruse und perverse Meinungen und wir müssen es tolerieren. Die FDP sieht sich gerne als das Zünglein an der Waage. Ich hoffe, dass sie sich mehr und mehr zu einem unnötigen Appendix entwickelt.

Ich habe vor einiger Zeit einmal den Begriff des Pippiismus geprägt. Pippi Langstrumpf gestaltet sich ihre Welt, wie es ihr gefällt – in ihrer Kinderwelt. Nun erleben wir einen Pippi Lindner, der in seiner eigenen Welt des 17. Jahrhunderts lebt – dummerweise in der Realität des Jahres 2023.

Bedenken sind nicht neu. Johann Wolfgang von Goethe stellte um 1800 fest: „Wo man die Liberalität aber suchen muss, das ist in den Gesinnungen, und diese sind das lebendige Gemüt. Gesinnungen aber sind selten liberal, weil die Gesinnung unmittelbar aus der Person, ihren nächsten Beziehungen und Bedürfnissen hervorgeht.“ Wie wahr, sic Lindner!

Illustration: Pixabay, Public Domain

© Dr. Rainer Ibowski, Wiehl, März 2023